

Winter, Martin

Wettbewerb im Hochschulwesen

Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung 21 (2012) 2, S. 17-45



Quellenangabe/ Reference:

Winter, Martin: Wettbewerb im Hochschulwesen - In: *Die Hochschule : Journal für Wissenschaft und Bildung* 21 (2012) 2, S. 17-45 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-163053 - DOI: 10.25656/01:16305

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-163053>

<https://doi.org/10.25656/01:16305>

in Kooperation mit / in cooperation with:



Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

<https://www.hof.uni-halle.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Wettbewerb im Hochschulwesen

Martin Winter
Halle-Wittenberg

Wettbewerb in der Wissenschaft ist nichts grundsätzlich Neues; der Wettbewerb der Ideen ist konstitutiv für die Wissenschaft. Relativ neu ist dagegen eine bestimmte Spielart, die sich im Hochschulsystem seit Anfang der 1980er Jahre nach und nach durchsetzt und sich in den letzten Jahrzehnten zu

einer hochschulpolitischen Leitvorstellung entwickelt hat: der Wettbewerb der Organisationen. Blickt man auf diese Entwicklung zurück, so lassen sich grob drei Phasen der Verwettbewerblichung im Hochschulbereich feststellen, die dazu führten, dass immer mehr Bereiche immer stärker von einer Wettbewerbslogik durchdrungen wurden. Bis dato ist vor allem die Forschung davon betroffen. In einigen Jahren – so die begründete Vermutung – wird auch der Studienbereich stärker wettbewerblich organisiert sein. Dann werden die Hochschulen auch um Studierende konkurrieren.

1. Phasen der Verwettbewerblichung

1.1. *Die erste Phase in den 1980er Jahren*

Den Startschuss der Diskussion um den Wettbewerb im Hochschulbereich markierte 1983 die Veröffentlichung der „Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik aus Sicht des Bundes“. „Wettbewerb statt Bürokratie“ lautet die Überschrift und das Motto dieser programmatischen Schrift der damaligen Bundesbildungs- und Wissenschaftsministerin Dorothee Wilms (Wilms 1983). Mit dem Regierungsantritt von CDU und FDP 1982 wurde ein Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik des Bundes eingeleitet. Die Abkehr von der staatlichen Planungs- und Steuerungsphilosophie und die Hinwendung zum Wettbewerbsgedanken wurden von den maßgeblichen Organisationen im Hochschulsystem wie dem Wissenschaftsrat (1985) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (1984) aufgenommen und gefördert. So unterschied der Leiter der wissenschaftli-

chen Kommission des Wissenschaftsrats, Peter Graf Kielmansegg, auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1984 den (alten) Wettbewerb der Ideen vom (neuen) Wettbewerb der Institutionen: In der Wissenschaft sei es seit jeher um den Wettbewerb der Ideen gegangen. Neu und deutlich auszubauen, so Kielmansegg (1984), sei hingegen den Wettbewerb von Organisationen.¹

Neu war auch, dass Wettbewerb als Steuerungsinstrument nicht mehr nur rein wissenschaftlich als „Wettbewerb der Ideen“, sondern auch ökonomisch als „Wettbewerb um Ressourcen“ begründet wurde. Mit Wettbewerb als Verfahren verbanden sich große Hoffnungen – und dies waren überwiegend Steuerungshoffnungen: Man hoffte, die Entwicklung in eine gewünschte Richtung lenken zu können. Es ging darum, Wettbewerbsdruck zu erzeugen, um so eine Dynamisierung der Verhältnisse durch Innovationen und kreative Lösungen zu bewirken und damit Leistungs-, Qualitäts- und Effizienzgewinne zu erzielen (vgl. Nullmeier 2000). Konkurrirt werden sollte um Ressourcen im weitesten Sinne, insbesondere um Drittmittel, Preise, Wissenschaftspersonal, Studierende sowie um Positionen in allen Arten von Leistungsvergleichen.

In der hochschulpolitischen Debatte fand der Wettbewerbsgedanke schnell Widerhall und Verbreitung. Die strukturellen Effekte auf das Hochschulsystem hingegen wurden nur allmählich und in einzelnen Bereichen unterschiedlich manifest. Tatsächlich umgesetzt wurde der Wettbewerbsgedanke ab den 1980er Jahren insbesondere im Zuge der zunehmenden *Drittmittelfinanzierung und Projektförmmigkeit der Forschung* (vgl. Torka 2006; Schimank 1994). Lag der Anteil der Drittmittel im Verhältnis zu den Grundmitteln der Hochschulen 1980 noch bei knapp acht Prozent, so steigerte er sich bereits auf rund elf Prozent im Jahr 1985 und auf ca. 15 Prozent im Jahr 1990. In den 1990er Jahren bleibt es ungefähr bei diesem Wert. In den 2000er Jahren wuchs der Anteil der Drittmittelfinanzierung von 17 Prozent 2000 auf rund 20 Prozent im Jahr 2005 und knapp 27 Prozent 2008.² In drei Jahrzehnten hatte sich der Anteil also weit mehr als verdreifacht.

¹ Heute sieht der Politikwissenschaftler den Gedanken des Wettbewerbs im Hochschulbereich kritischer. Er gehe „mit einer zu starken Ökonomisierung der Hochschulen“ einher, meinte er im Gespräch mit der DUZ (Heft 12/2008: 16). Siehe auch den wettbewerbskritischen Aufsatz von Kielmansegg in der FAZ vom 25.11.2010 (Kielmansegg 2010).

² Die Zahlen beziehen sich auf die Hochschulen ohne medizinische Einrichtungen; eigene Berechnungen aus der Fachserie 11, Reihe 4.3.2 des Statistischen Bundesamtes „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

Wettbewerb bzw. wettbewerbsähnliche Mechanismen spielten im Forschungsbereich seit den 1980er Jahren eine immer stärkere Rolle; im Bereich von Studium und Lehre hatten sie dagegen noch eine geringe Bedeutung. Die Nachfrage an Studienplätzen überstieg das Angebot an den Hochschulen, zudem wurde die Studienplatzvergabe in vielen „Massenfächern“ zentral gesteuert.

1.2. Die zweite Phase in den 1990er Jahren

Das Thema „Wettbewerb im Hochschulbereich“ bekam Mitte der 1990er Jahre einen neuerlichen Schub. Im Ergebnis der Debatte um die neue Steuerung der Hochschulen wurde 1998 die Novelle des Hochschulrahmengesetzes verabschiedet, die es den Ländern ermöglichte, über eine Novellierung der entsprechenden Landeshochschulgesetze den Hochschulen als Organisationen mehr Handlungs- und Gestaltungsspielräume einzuräumen. Es wurden damit die ersten Weichen für eine grundlegende institutionelle Reform des Hochschulwesens gestellt; zentrale Instrumente des sogenannten Neuen Steuerungsmodells waren die Stärkung der Kompetenzen der Hochschulleitungen, eine Globalisierung der Hochschulhaushalte, veränderte Mechanismen der Mittelvergabe und die Einführung von neuen Verfahren der Qualitätssicherung. Die Idee dahinter war: Wenn Organisationen in Konkurrenz treten sollen, dann müssen auch die Voraussetzungen hierfür erfüllt sein; die Hochschulen müssen als korporative Akteure auftreten können. Mit der Gesetzesnovelle wurde ein wichtiger Schritt in Richtung der sogenannten Organisationswerdung von Hochschulen getan.

Die Forderung nach mehr Wettbewerb zum Zwecke der Qualitäts- und Effizienzsteigerung zieht sich seit den 1990er Jahren durch die Positionspapiere der politischen Parteien, sie ist in den Beschlüssen der Ministerien und der Kultusministerkonferenz, in den Empfehlungen der Wissenschaftsorganisationen, des Wissenschaftsrates, der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Hochschulrektorenkonferenz und nicht zuletzt in den Selbstbeschreibungen und Leitbildern der Hochschulen zu finden. Auch wenn sich bislang der Wettbewerb mehr im Diskurs und weniger in der Praxis durchgesetzt hat, so zeitigt die intensive Debatte über den Wettbewerb und die ständige Betonung seiner hochschulpolitischen Relevanz doch Auswirkungen auf das Handeln der Betroffenen und wurde zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Im Gefolge des immer wieder artikulierten Wettbewerbsgedankens manifestierte sich nach und nach eine handlungsrelevante Wettbewerbsmentalität. So wähen sich die korporativen und individuellen Akteure an den Hochschulen

bereits im Wettbewerb, wo eigentlich kaum einer stattfindet, antizipieren wettbewerbles Verhalten ihrer vermeintlichen Konkurrenten, beobachten den vermeintlichen Markt und überdenken daraufhin ihre eigene Handlungsstrategie.

Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre ist Wettbewerb zu einer der zentralen Kategorien im hochschulpolitischen Diskurs geworden. Über Wettbewerb wurde mittlerweile nicht nur allertorten geredet, nach und nach hatte man auch immer mehr wettbewerbliche Verfahren und Instrumente eingeführt. Dazu gehörten in zunehmenden Maße Drittmittelausschreibungen, die wettbewerbliche Vergabe von Forschungsaufträgen, die leistungsorientierte Mittelvergabe sowohl auf Landes- und Hochschul- als auch auf Fachbereichs- und Institutsebene und die vielfältigen Maßnahmen zur Evaluation von Forschung und Lehre. Ein tatsächlicher Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Studierende fand hingegen noch nicht statt.

1.3. Die dritte Phase in den 2000er Jahren

Mitte der 2000er Jahre erreichte der Wettbewerbsgedanke in der Forschung an Universitäten finanziell wie strukturell eine neue Dimension dank der *Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder* (vgl. Leibfried 2010; Hartmann 2010; Bloch/Keller/Lottmann/Würmann 2008; Hornbostel/Simon/Heise 2008). Michael Hartmann (2006) spricht gar von einem „Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik“. Die Exzellenzinitiative ist für Kielmansegg (2010) der Wettbewerb, der die Universitäten am stärksten bestimme – wenn sie nicht von vornherein resignierten. Es ist, wie Wissenschaftsrat und Deutsche Forschungsgemeinschaft als Veranstalter des Wettbewerbs bilanzierten, „ein Ruck durch die Universitäten gegangen, der zu einer neuen Qualität der Struktur- und Entwicklungsplanung in einem umfassenden Sinne geführt hat“ (Gemeinsame Kommission 2008: 59). In Rahmen dieses komplexen Wettbewerbsverfahrens wurde eine erhebliche Summe im Forschungsbereich so verteilt, dass die Universitäten wie Fakultäten in Gruppen von Siegern und Verlierern eingeteilt werden konnten. Gewünscht war eine Differenzierung der Hochschulen hinsichtlich ihrer finanziellen bzw. personellen Forschungsressourcen. Das erklärte politische Ziel dabei war es, mit der „Fiktion der Gleichheit“ (Müller-Böling 2000: 123) aller Hochschulen zu brechen und eine vertikale Differenzierung der Universitäten (sprich Hierarchisierung) in exzellente und nicht-exzellente zu erreichen (vgl. Hartmann 2010):

„Mit der Exzellenzinitiative werden nicht nur bestehende Unterschiede zwischen den Universitäten sichtbar gemacht, sondern diese Unterschiede durch die zusätzliche Förderung von Spitzenforschung ausdrücklich angestrebt.“ (Gemeinsame Kommission 2008: 60)

Unübersehbar waren die Folgen auch deshalb, weil Sieger mit den Titeln „Elite“ bzw. „Exzellenz“ etikettiert und damit geadelt wurden, woraufhin sie sich selbst als solche präsentierten. Im Gegenzug erschienen diejenigen Universitäten, Fachbereiche und Institute gleichsam automatisch als nicht-exzellent, wenn sie bei dem Wettbewerb nicht reüssieren konnten. Neben den lockenden erheblichen Finanzmitteln waren der Reiz, als exzellent zu gelten und damit in die Elite der Forschungsuniversitäten aufzusteigen, zusammen mit der Befürchtung, als nicht-exzellent stigmatisiert zu werden und in die Masse der Ausbildungshochschulen abzustiegen (vgl. Hartmann 2010: 381ff.), die entscheidenden Faktoren für die massive Beteiligung der Universitäten an der Exzellenzinitiative. Die Differenzierung war durchaus gewollt – so der damalige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker:

„Das System wird sich weiter ausdifferenzieren. Neben reinen Forschungsuniversitäten, die sich auch in der Ausbildung an den Anforderungen moderner wissenschaftlicher Forschung ausrichten, wird es solche geben, die dies nur ansatzweise und in einzelnen Fächern versuchen, solche, die diesen Anspruch erst gar nicht anstreben, und solche, die ihre Stärke eher in der Praxisorientierung suchen.“ (Winnacker 2006: X)

Wissenschaftsrat und Deutsche Forschungsgemeinschaft verstanden die Exzellenzinitiative ausdrücklich „Wettbewerb nicht der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern der Universitäten“ (Gemeinsame Kommission 2008: 59). Mit der Exzellenzinitiative wurde der Wettbewerbsgedanke nicht nur zu einem zentralen Thema des hochschulpolitischen Diskurses, sondern auch zu einer Leitvorstellung im Handeln der Universitäten.

Daneben ergriff man in den 2000er Jahren noch weitere wettbewerbliche Maßnahmen. So wurde eine neue Form der Professorenbesoldung eingeführt, die sogenannte W-Besoldung, die individuelle Leistungszulagen vorsieht, sowie die leistungsorientierte Mittelvergabe stark ausgebaut. Nicht zuletzt wurden Studiengebühren erhoben³.

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Der Wettbewerbsdruck unter den Hochschulen und Hochschulangehörigen hat in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Heute brauche man Wettbewerb nicht mehr zu predigen, schreibt Kielmansegg (2010): „Die Imperative des

³ Zur Funktion von Studiengebühren als Instrument des Wettbewerbs siehe Abschnitt 3.

Wettbewerbs beherrschen inzwischen das deutsche Hochschulsystem, so scheint es, mit unwiderstehlicher Macht.“ Diese Entwicklung des Hochschulwesens wird häufig als Ökonomisierung oder als Vermarktlichung bezeichnet, ist aber treffender mit dem Begriff der Verwettbewerblichung zu beschreiben. Diese These soll im folgenden Abschnitt begründet werden.

2. Ökonomisierung – Vermarktlichung – Verwettbewerblichung

Der Einzug des *New Public Managements* ab den 1990er Jahren mit seiner Ausrichtung an unternehmerischen Managementtechniken, an Markt- und Wettbewerbsideen, an Outcome- und Outputzielen, an Kundenwünschen hat auch das Hochschulwesen stark geprägt (vgl. u.a. Brinckmann 1998; Hödl/Zegelin 1999). Im Rahmen des neuen Steuerungsmodells wird insbesondere der Ruf nach mehr Wettbewerb laut, um Verwaltung wie Hochschulen effektiver, effizienter und auch qualitätsvoller zu machen (vgl. Hirschfeld 2004: 2 f.; Nullmeier 2000). Mittlerweile wird in fast allen Grundsatzpapieren zur Hochschulentwicklung der maßgeblichen Wissenschaftsorganisationen ein Ausbau der wettbewerblichen Elemente innerhalb des deutschen Hochschulsystems gefordert (z.B. WR 1985, 2000; KMK 1997; Monopolkommission 2000; Dierkes/Merkens 2002; vgl. dazu Krücken 2005; Krücken 2008). Grundsätzlich ist für die deutschen Universitäten Wettbewerb nichts Neues. Fakultäten, Institute und Professoren konkurrierten seit jeher um das wissenschaftliche Prestige und um die besten Studenten. Der wissenschaftliche Ruhm war wiederum nützlich „bei der Einwerbung zusätzlicher Ausstattung oder bei finanziellen Steigerungen durch Berufungsverfahren“ (Stölting 2002: 73).

Wissenschaft kennt also Wettbewerb. Mehr noch: Die „Konkurrenz im Gebiete des Geistigen“ (Mannheim 1928) ist konstitutiv für die Wissenschaft. Nach wie vor bestimmt der Erkenntnisfortschritt den Wissenschaftsbetrieb: Entscheidend dabei ist, wer die Erkenntnis als erste gewinnt, wer die Entdeckung macht, wer die profilierte These formuliert. Die Reputation in der Wissenschaftlergemeinschaft und darüber hinaus ist ein wichtiges Antriebsmoment für die Forschenden. Der wissenschaftliche Diskurs ist nicht herrschaftsfrei, insbesondere die jeweilige Definitionsmacht der Akteure bestimmt den Verlauf der Diskussion: Wissenschaftliche Schulen kämpfen um Einfluss in der Scientific Community; Paradigmen werden durchgesetzt, verteidigt oder umgestürzt. Der Wettbewerb um Ideen und Erkenntnisse wird immer auch von wissenschaftsfremden Fak-

toren beeinflusst, Wissenschaft ist stets auch als sozialer Prozess zu begreifen (vgl. Felt/Nowotny/Taschwer 1995; Weingart 2003).

2.1. Das entrepreneuriale Regime und der neue Wettbewerb der Hochschulorganisationen

In der Wissenschaft geht es seit jeher um den Wettbewerb der Ideen, neu ist hingegen der Wettbewerb von Organisationen. Diese konkurrieren insbesondere um „nicht-wissenschaftsspezifische Ressourcen“ (Hasse 2003: 27) wie Drittmittelvolumen und Anzahl von Patentanmeldungen, die wiederum zu entscheidenden Evaluationskriterien gemacht werden. Nur als – mehr oder weniger – eigenständige Organisationen können Hochschulen in diesen neuen Wettbewerb treten. Die gesteigerte Bedeutung von Wettbewerb in Forschung und Lehre ist folglich zwingend mit der Tendenz verbunden, die Hochschulen stärker als korporative Akteure bzw. als Organisationen mit eigenen Interessen zu begreifen, die sich in einer Konkurrenzsituation definieren und entsprechende Strategien im Hinblick auf ihre Umwelt entwickeln. Diese „organisationelle Wende“ („organizational shift“) wurde in der Hochschulforschung von zahlreichen Autoren beschrieben und analysiert (z.B. von Wissel 2007; Meier 2009). Letztlich geriert sich die Hochschule als eine Art Unternehmen, das sich am Wettbewerb beteiligt bzw. beteiligen muss.

Diese „unternehmerische Hochschule“ wird als hochschulpolitische Wunschvorstellung proklamiert (vgl. Clark 2001; Müller-Böling 2000; Herrmann 2005). Mit dem Auftreten von derartigen „unternehmerischen Hochschulen“ im Wettbewerb stellt sich die Frage nach der Vereinbarkeit der unterschiedlichen Wettbewerbslogiken, dem eher wissenschaftsfremden Wettbewerb von Organisationen auf der einen und dem wissenschaftsimmanenten Wettbewerb um Erkenntnis, Definitionsmacht und akademischer Reputation auf der anderen Seite.

Das entrepreneuriale Regime durchdringt nach und nach auch den Hochschul- und Wissenschaftsbereich. Nicht nur Hochschulen stehen als unternehmerische Akteure im Wettbewerb miteinander, sondern auch Hochschullehrer/innen, Wissenschaftler/innen und Studierende konkurrieren – ob freiwillig oder gezwungenermaßen – als unternehmerische Individuen um Anerkennung, gute Bewertungen, materielle und finanzielle Ressourcen, Prestige und Einfluss im Fachgebiet und darüber hinaus. Leistungen werden nicht nur erbracht, sondern auch verkauft bzw. sind zu verkaufen – sowohl als Produkt als auch als Imageträger für die Leistungserbringer und ihre Organisationen. Nicht nur Selbstoptimierung, sondern auch Public-Relation-Arbeit, Impression Management und Lob-

bying gehören zum Handlungsrepertoire eines akademischen Arbeitskraftunternehmers bzw. Wissenschaftsunternehmers (vgl. Voß/Pongratz 1998).

2.2. Kritik an der unternehmerischen Hochschule

Der Begriff des Unternehmers suggeriert indes, die Akteure hätten große Freiheiten und weite Spielräume. Folgt man aber der Diagnose von Richard Münch (2009b), werden die Handlungsspielräume der Hochschulangehörigen eher eingeschränkt als gestärkt, denn sie arbeiten mehr denn je als abhängig Beschäftigte in einem „Wissenschaftsunternehmen“ unter einer starken Hochschulleitung, und nicht als „freie Unternehmer“ – auch wenn das unternehmerische Risiko mehr und mehr auf sie übertragen wird. Dies gilt insbesondere für Wissenschaftler/innen auf befristeten Projektstellen, die sie im gegebenenfalls sogar selbst akquiriert haben:

„Die Forscher und Lehrer sind nicht mehr selbständige Akteure in diesem Wettbewerb, sondern ‚Humankapital‘, das von einem starken Universitätsmanagement investiert wird, um Rendite zu erzielen. Über das, was geforscht und gelehrt wird, muss deshalb das Universitätsmanagement entscheiden.“ (Münch 2009b: 15)

Im Fokus der Kritik von Münch steht nicht der wissenschaftliche Wettbewerb, im Gegenteil: Sein Anliegen ist es, diesen gegen wissenschaftsfremde Einflüsse zu schützen. Gegenstand seiner Kritik sind die Instrumente und Verfahren, wie die Exzellenzinitiative, Evaluationsverfahren oder Rankings, die dauerhaft zu einer Ungleichheit in diesem wissenschaftlichen Wettbewerb führen (Münch 2009a, Münch/Pechmann 2009). Schlussendlich führen diese Wettbewerbe bzw. Wettbewerbssurrogate aus Sicht Münchs zu einer Verzerrung und damit zur Zerstörung des wissenschaftlichen Wettbewerbs. Die verschiedenen Spielarten von Wettbewerb im Hochschulsystem fördern zudem, so die weitergehende Kritik, sowohl die Fremdbestimmung als auch die Selbstdisziplinierung der individuellen Akteure (vgl. Bröckling 2000).

2.3. Ebenen des Wettbewerbs

Trotz aller Kritik werden immer mehr Verfahren eingesetzt, die einen Wettbewerbsdruck unter den Hochschulen und damit auf die Hochschulangehörigen erzeugen. Der Wettbewerb bzw. der Wettbewerbsgedanke ist auf den verschiedenen Ebenen des Hochschulwesens zunehmend präsent: Auf der personalen Ebene wetteifern die Wissenschaftler/innen um Geltungsansprüche wissenschaftlicher Erklärungen und Deutungen, um

materielle, finanzielle und räumliche Ressourcen, um Stellen, Reputation, Kontakte, Titel, Preise, Auszeichnungen und die Studierenden um Studienplätze, finanzielle Fördermöglichkeiten, Beschäftigungsmöglichkeiten an der Hochschule etc. Für mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern sollte insbesondere die Föderalismusreform von 2006 sorgen. Indem ihnen mehr Regelungskompetenzen zugesprochen wurden, sollte ein „Wettbewerbsföderalismus“ an die Stelle des „kooperativen Föderalismus“ treten (Scharpf 2005). Auf internationaler Ebene wiederum konkurrieren die nationalstaatlichen Hochschulsysteme miteinander. Im Kontext des Bologna- und Lissabon-Prozesses wurde gar ein Wettstreit zwischen Kontinenten proklamiert (vgl. Bruno 2009). Am bedeutsamsten ist schließlich die Ebene der Organisationen; die Hochschulen sind zu den Hauptakteuren des Wettbewerbs geworden. Sie konkurrieren um Wissenschaftspersonal, um Dritt- und Fördermittel, Studienanfänger, Studienwechsler etc. Private Hochschulen versuchen, sich gegen die öffentlich-rechtlichen zu behaupten.

Aber nicht nur Hochschulen, sondern auch Fakultäten, Fachbereiche, Departments, Institute und Seminare stehen in Konkurrenz zueinander – sowohl innerhalb der eigenen Hochschule als auch hochschulübergreifend. Viele Hochschulen verorten sich gar selbst im internationalen Wettbewerb und verstehen sich als „global player“ bzw. werden derartige Ansprüche an sie herangetragen.

2.4. Vermarktlichung oder Verwettbewerblichung

Nach und nach wurden – das zeigt die Entwicklung der letzten 30 Jahre – immer mehr Wettbewerbselemente im Hochschulbereich eingeführt. Weil auf einem „freien“ Markt Wettbewerb herrscht, wird Wettbewerb oftmals mit Markt gleichgesetzt. Steuerung durch Wettbewerb wird mit Steuerung durch Markt verwechselt. Manche Autoren sprechen denn auch von einer Vermarktlichung im Hochschulwesen (vgl. de Boer/Enders/Jongbloed 2009; Jongbloed 2003). Dieser Begriff ist für die beschriebenen Phänomene nicht ganz treffend. Denn auf einem Markt treffen – so die gängige Vorstellung – Anbieter und Nachfrager zusammen und tauschen Güter verschiedener Art aus; alle Marktteilnehmer verfügen dabei über die relevanten Informationen. Es kommt zu iterativen Austauschprozessen von mehr oder weniger homogenen Gütern, die letztlich über die Bildung eines Preises zu einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage führen. Unter den Anbietern und/oder unter den Nachfragern herrscht Wettbewerb um die besten Tauschchancen (vgl. Wiesenthal 2000). Da insbesondere Forschung in der Regel keine homogenen, sondern singuläre he-

terogene Güter „produziert“ und somit auch keine Preise für diese Produkte gebildet werden, ist im Hochschulsystem ein echter Markt im Sinne von iterativen Austauschprozessen kaum vorstellbar (vgl. Hirschfeld 2002: 119ff.) – allenfalls mit Einschränkungen im Studienbereich.⁴

Um dennoch marktähnliche, (mutmaßlich) leistungssteigernde Effekte zu erzielen, wird zu Ersatzmechanismen gegriffen. Dort, wo kein Markt besteht, kann dennoch Wettbewerb veranstaltet werden. Wettbewerb muss nicht ökonomisch ausgerichtet sein und auf Tauschbeziehungen basieren. Für eine Vielzahl sozialer Vorgänge sei „Wettbewerb ohne Markt“ der treffende Terminus, merkt Nullmeier an (2000: 210) – so auch für die bislang veranstalteten Wettbewerbe im Hochschulbereich. Zu den quasi-marktwirtschaftlichen Verfahren bzw. Instrumenten, die Markteffekte simulieren sollen, gehören Leistungs- und Kostenvergleiche, Evaluationen, Rankings und Ratings, indikatoren- oder auswahlgesteuerten Prämierungen, das Ausschreibungs-, Antrags- und Begutachtungswesen der Drittmittelforschung sowie die leistungsorientierte Mittelvergabe an Hochschulen, sowohl auf der Ebene der Organisationseinheiten als auch auf der Ebene des Hochschulpersonals – Stichwort leistungsbezogene Besoldung. All diese Verfahren bzw. Instrumente des New Public Managements stimulieren Wettbewerb, allerdings ohne dass sie tatsächlich einen (freien) Markt im oben genannten Sinne schaffen. Sie erhöhen den Disziplinierungs-, Leistungs- und Kontrolldruck durch einen „Mix aus interner Selbstkontrolle – zum Beispiel durch die Einführung von indikatorgestützten Berichts- und Qualitätssicherungssystemen – und gleichzeitigem externen Monitoring durch staatliche beauftragte Agenturen“ (Lange 2008: 240). Die strukturelle Unvereinbarkeit mit einer echten Marktlogik und die wettbewerblichen Ersatzmechanismen legen daher den Schluss nahe, bei der aktuellen Entwicklung des Hochschulsystems trefflicher von Verwettbewerblichung anstatt von Vermarktlichung zu sprechen.

2.5. Ökonomisierung oder Verwettbewerblichung

Viele Studien stellen dennoch weniger die Wettbewerbsproblematik in den Vordergrund ihrer Analysen, sondern diagnostizieren vielmehr einen Trend zur Ökonomisierung von Bildung und Wissenschaft (z.B. Graßl 2008; Kieser 2010; Münch 2009a, 2010; Marginson 2004; vgl. Weingart 2008) oder zu einem akademischen Kapitalismus (Slaughter/Leslie 1997;

⁴ Dazu siehe Abschnitt 3

Slaughter/Rhoades 2004; Ylijoki 2003).⁵ Demnach richteten sich die Universitäten immer stärker an wirtschaftlichen Interessen aus bzw. kooperierten immer intensiver mit der Wirtschaft.

Aus Sicht Münchs (2009b) sind die Folgen dieser diagnostizierten Ökonomisierung für die Hochschulen gravierend. Seiner Einschätzung nach werden die wissenschaftsimmanente Logik zum Zwecke der Erkenntnisgewinnung und die humanistische Idee der Persönlichkeitsbildung durch Bildung verdrängt von den Zwängen einer utilitaristischen Logik, deren Zwecke außerhalb des Bildungs- und Wissenschaftssystems gesetzt werden: Die Markt- und Profitorientierung löse die rein wissenschaftsbezogene akademische Kultur auf, die auf die Humboldtsche Trinität von Bildung durch Wissenschaft, Einheit von Forschung und Lehre, Einsamkeit und Freiheit setzte. Stattdessen würden die Hochschulen einem ökonomischen Regime unterworfen, Bildung werde schließlich zur Ware (Münch 2010: 50).

Diese Diagnose ist aus drei Gründen zu relativieren: Erstens handelt es sich bei der Ökonomisierung der Hochschulen in Deutschland allenfalls um „eine indirekte, staatlich vermittelte Ökonomisierung“ (Kreckel 2004: 191). Es ist der Staat selbst, der die Wettbewerbsmechanismen einführt.

„Ohne selbst in direkten Kontakt mit dem marktwirtschaftlichen Geschehen kommen zu müssen, werden die – nach wie vor staatlichen – Hochschulen in diesem Falle auf indirektem Wege der marktwirtschaftlichen Logik von Kosten-Nutzen-Kalkülen unterzogen, auf dem Umweg über die Ökonomisierung des Staatshandelns. [...] Nach wie vor sind die deutschen Hochschulen staatliche Hochschulen, keine Marktakteure. Sie stellen ihre Leistungen – mit Ausnahme des medizinischen Bereiches – weitgehend kostenlos zur Verfügung.“ (Kreckel 2004: 189, 191)

⁵ Das Phänomen der Ökonomisierung wird insbesondere im Kontext der Debatte um die Internationalisierung des Hochschulwesens erörtert. Marginson (2004) stellt in diesem Kontext eine Ökonomisierung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen auf internationaler Ebene fest. Einen konkreten Anlass für diese Debatte boten die Verhandlungen zum *General Agreement on Trade in Services GATS* (Hahn 2004). Die hochschulpolitische Diskussion drehte sich um die Frage, inwieweit die Hochschulbildung und Forschung als gewöhnliche Dienstleistungen gelten und als solche auch von ausländischen Anbietern übernommen werden dürfen bzw. ins Ausland exportiert werden können. An deutschen Hochschulen gibt es erste Ansätze, im Ausland mit Bildungsangeboten und anderen „Wissenschaftsprodukten“ Geld zu verdienen, auch sind – insbesondere im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung – die Verbreitung von privaten Anbietern in Deutschland festzustellen (zum Privathochschulbereich generell siehe Darraz/Lenhardt/Stock/Reisz 2009). Signifikant für die aktuelle Gesamtausrichtung des deutschen Hochschulsystems sind diese Ansätze allerdings (bisher) nicht.

Der Staat veranstaltet Wettbewerbsverfahren, er schreibt Ziele aus bzw. definiert sie, er bestimmt die Regularien und überwacht deren Einhaltung. Von Staatsferne kann daher keine Rede sein, auch nicht von Deregulierung, sondern vielmehr von Reregulierung: Der Staat regelt und richtet – eventuell in Kooperation mit anderen nicht- oder parastaatlichen Akteuren – ein neues Verfahren aus, kontrolliert und beherrscht das Geschehen. Mehr Wettbewerb heißt damit nicht unbedingt weniger Staat, sondern nur eine andere Form der staatlichen Regulierung. Der Staat – und nicht „der“ Markt – übt also Druck aus. Es werden – zum Teil ökonomische – Wettbewerbe veranstaltet; ökonomisch in dem Sinne, dass sich der Wettbewerb um Ressourcen dreht. Aber als Kommodifizierung und Kommerzialisierung im strengen Sinn kann diese Entwicklung nicht bezeichnet werden: Studium und Forschung werden nicht als Waren bzw. Handelsgüter betrachtet bzw. behandelt. Dennoch können ökonomisch bedingte Abhängigkeiten entstehen: in der Forschung, die sich am Auftraggeber und an seinen (vermeintlichen) Wünschen oder Vorgaben orientiert, oder in der Studiengangsgestaltung, wo Nachfrageorientierung der Studieninteressenten oder die Arbeitgeberwünsche bzw. -ansprüche leitend sind.

Zweitens widerstreben Handlungslogik und Ethos der Profession von Hochschullehrer/innen bzw. Wissenschaftler/innen dem Trend zur Ökonomisierung (vgl. Stock 2005, 2006). Auch wenn im Hochschulsystem eine utilitaristische Zwecklogik mit wie auch immer ausgerichteten Nützlichkeits- und Effizienzerwägungen Raum greifen sollte, ist zu bedenken, dass die Motivation von Wissenschaftler/innen und die Ausrichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen in erster Linie (noch) nicht ökonomischer, sondern akademischer Natur sind.

Im wissenschaftlichen Wettbewerb geht es den Akteuren um ihren inhaltlichen Einfluss auf die Scientific Community, also ihre Definitionsmacht innerhalb wissenschaftlicher Diskurse; es geht ihnen um die Steigerung ihrer wissenschaftlichen Reputation und ihres akademischen Prestiges.⁶ Eine Markt- oder gar Profitorientierung hat die Logik der Wissenschaft bislang nicht abgelöst, es gibt aber neue, wissenschaftsfremde Verfahren, die in das System Einzug halten und beispielsweise die Mittelverteilung zwischen den Organisationen sowie zwischen den Personen mit-

⁶ Es geht ihnen auch um die Optimierung ihrer Forschungs- und Lehrbedingungen. Auch wenn dies auf eine Forderung nach Verbesserung der materiellen Ressourcenlage hinausläuft, ist das eigentliche Ziel immer noch der wissenschaftliche Fortschritt und nicht der Profit. Stünde letzterer im Fokus, dann wäre eine derartige Bedingungsoptimierung tatsächlich als Ökonomisierung zu bezeichnen. Hier verläuft die nicht immer deutliche Grenze von Wissenschafts- und Wirtschaftsorientierung.

bestimmen. Die empirische Frage ist, wie sich diese Logiken mit ihren unterschiedlichen Normen und Verhaltenserwartungen in der Wissenschaftspraxis zueinander verhalten – ob sie sich gegenseitig verstärken, ergänzen, verdrängen oder unterlaufen – und welche Effekte sie für die Hochschulentwicklung sowie für Forschung und Lehre zeitigen.

Drittens steht im Fokus der Hochschulreformen der letzten Jahrzehnte nicht das monetäre Gewinnstreben der Unternehmen (der Hochschulen) bzw. der „wissenschaftlichen Unternehmer“ (der Wissenschaftler/innen). Vielmehr werden Effektivitäts-, Qualitäts- und Effizienzgewinne bezweckt. Daher können die Veränderungstendenzen im deutschen Hochschulsystem der letzten drei Jahrzehnte kaum mit Kategorien der Ökonomie und des Marktes beschrieben werden.⁷

Zusammenfassend kann bislang ebenso wenig von einer Vermarktlichung von Hochschulforschung und -bildung die Rede sein, wie die bisherige Entwicklung mit einer Ökonomisierung im Sinne von Kommerzialisierung und Kommodifizierung gleichzusetzen ist. Präziser bezeichnet daher der Begriff der Verwettbewerblichung des deutschen Hochschulsystems die Entwicklung der letzten 30 Jahre. Der zentrale Veränderungsmechanismus im Hochschulbereich ist der Wettbewerb in seinen unterschiedlichen Spielarten.

Zu vermuten ist allerdings, dass ein Wettbewerb um Studierende im Gegensatz zum Wettbewerb in der Forschung prinzipiell stärker marktähnliche Züge tragen würde, da hier tatsächlich Angebot und Nachfrage aufeinandertreffen können sowie das Studienangebot als „Produktpalette“ grundsätzlich gestaltbar und damit variabel ist. Anders als im Bereich Forschung können diese Tendenzen auch deshalb stärker in Richtung Markt laufen, da es potenziell viele Anbieter und noch mehr Nachfrager gibt, die relativ homogene Güter anbieten bzw. nachfragen – nämlich Studiengänge. Als relativ homogen sind diese Güter deshalb zu bezeichnen, weil es neben inhaltlichen Differenzen auch Qualitäts- und Reputationsunterschiede gibt. Überdies wäre es prinzipiell möglich, auf diesem Markt Preise für die Güter zu bilden, die im Rahmen von Austauschpro-

⁷ Was hier für die Hochschulen gesagt wird, gilt nicht für alle wissenschaftlichen Einrichtungen. (Staatliche) Hochschulen verfügen über eine Grundfinanzierung und Hochschullehrer über eine unbefristete Anstellung. Forschungsinstitute ohne ausreichende Grundfinanzierung dagegen unterstehen einem so starken ökonomischen Druck, Drittmittel zu akquirieren, dass dieser Zwang zur Existenzsicherung die Wissenschaftslogik überlagern kann und die Wirtschaftlichkeit der Tätigkeit Vorrang erhält. Wissenschaft wird unter derartigen finanziellen Verhältnissen tatsächlich zum Gewerbe.

zessen zwischen Anbietern und Nachfragern zustande kommen.⁸ Gegen die Marktanalogie spricht jedoch, dass bei der Studienplatzvergabe kaum iterative Austauschprozesse stattfinden können. Denn hat ein Student oder eine Studentin einmal eine Hochschule gewählt, gestaltet sich ein Wechsel an eine andere Hochschule aufwändig.

Blickt man auf die letzten Jahrzehnte zurück, dann kann festgestellt werden, dass der Wettbewerb um Studierende bislang kaum ausgeprägt war. Mittel- bis langfristig wird es aber aller Voraussicht nach im Bereich der Studienplatzvergabe zu mehr Wettbewerb kommen. Dieser Wettbewerb wird – anders als im Forschungsbereich – weniger staatlich organisiert sein, sondern auch marktförmige Elemente aufweisen. Um diese Prognose zu begründen, ist wiederum ein historischer Rückblick vonnöten.

3. Studienplatzvergabe und Wettbewerb

Nach traditionell deutschem Bildungsverständnis hat derjenige das Recht, ein Studium nach seiner Wahl aufzunehmen, der ein Zeugnis der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife vorweisen kann: das Abitur bzw. das Fachabitur (vgl. Wolter 1989; Oelkers 2007). Die Hochschulen wählten sich folglich „ihre“ Studierenden nicht selbst aus.⁹ Sie waren vielmehr verpflichtet, alle Studienberechtigten aufzunehmen. Deshalb hat sich in der Bundesrepublik Deutschland kein System der „Bestenauslese“ wie etwa an den Hochschulen in den USA und Großbritannien oder an den *grandes écoles* in Frankreich ausbilden können.

3.1. Die 1960er Jahre

Mit der Abschaffung der Kolleggebühren in den 1960er Jahren schwand der Anreiz für die Universitäten, Bewerber aus finanziellen Gründen zum Studium zuzulassen. Ein Wettbewerb um Studierende war aus Sicht der Hochschulen nicht nötig – im Gegenteil: Der stetige Anstieg der Abitu-

⁸ In der aktuellen Entwicklung spielt dieser Faktor indes keine Rolle: Erstens stehen die Preise für die Studienplätze – die Studiengebühren – fest und zweitens zahlt der Staat im Rahmen des Hochschulpakts 2020 den Hochschulen einen Festbetrag für einen besetzten Studienplatz. Da auch keine iterativen Austauschprozesse und demzufolge auch keine marktliche Preisbildung stattfinden, kann von einem „richtigen“ Markt nicht gesprochen werden, allenfalls von einem Quasi-Markt.

⁹ Zusätzliche Befähigungsnachweise oder Auswahlprüfungen waren nur in wenigen Ausnahmefällen (z.B. musische Studiengänge) üblich.

rientenzahlen in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten führte zu einer Überfüllung von Studiengängen, auf die zunächst nicht mit einem entsprechenden Mittelaufwuchs reagiert wurde. Die Gründe für den verstärkten Andrang an die Universitäten lagen im Ausbau des Schulwesens, in den geburtenstarken Jahrgängen Mitte der 1930er Jahre, in der sinkenden Arbeitslosigkeit im Wirtschaftsaufschwung und allgemein in einer zunehmenden Akademisierung der Berufe (Oehler 1997: 414 f.). Mangelhafte Studienbedingungen – überlastete Lehrende und fehlende Betreuung – waren die Folgen, bevor die große Expansions- und Neugründungsphase der 1960er und 1970er Jahre begann. Dieser massive Ausbau des Hochschulsystems in der Bundesrepublik kam Mitte der 1970er Jahre zum Erliegen, die Zahl der Studienberechtigten und Studierenden nahm dennoch weiter zu. Seitdem waren – von Fach zu Fach unterschiedlich¹⁰ – an den Hochschulen keine ausreichenden Kapazitäten mehr vorhanden, um alle studierwilligen Abiturienten aufzunehmen. Der Mangel an Studienplätzen musste seitdem vielmehr verwaltet werden.

3.2. Die 1970er Jahre

Um den prognostizierten mittelfristigen Anstieg der Studierendenzahlen zu bewältigen, wurde in der zweiten Hälfte der *1970er Jahren* die sogenannte Untertunnelungsstrategie erfunden und in die Praxis umgesetzt. Demnach sollten die Kapazitäten an den Hochschulen nicht erhöht, sondern eine vermeintlich kurzfristige Überlast in Kauf genommen, der sogenannte Studentenberg gleichsam untunnelnt werden. Als nachhaltiges Problem dieser politischen Strategie erwies sich, dass diese partielle Überlast nicht nur die prognostizierten Jahre andauerte, sondern sich im Zuge der andauernden Bildungsexpansion als ein beständiges Strukturmerkmal des deutschen Hochschulwesens manifestierte.

Neben der Untertunnelungsstrategie bestand der Lösungsversuch für das Problem der Überlast Ende der 1970er Jahre darin, basierend auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (insbesondere seines Numerus-Clausus-Urteils vom 18. Juli 1972, BVerfGE 33, 303) die Aufnahmekapazitäten in einzelnen Studiengängen zu begrenzen, ein Kapazi-

¹⁰ In einigen mathematisch-, natur- und technikwissenschaftlichen Studiengängen herrscht tendenziell ein Mangel an Studierenden, in vielen wirtschafts-, rechts-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern ist wiederum eine Überauslastung der Studiengänge festzustellen.

tätsrecht zu schaffen¹¹ und eine bundesweite zentrale Studienplatzverwaltung einzurichten. Diese Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund sollte in den am stärksten nachgefragten Fächern die Studienbewerber unter Berücksichtigung ihrer Abiturnote und anderer Kriterien, wie der bisherigen Wartezeit auf einen Studienplatz, den Universitäten zuordnen (vgl. Bode/Weber 1996: 691ff.). In dieser Lage war ein Wettbewerb um Studierende aus Sicht der Hochschulen nicht angebracht: Sie verfuhrten – ob nun intendiert oder unintendiert – nach einer Devise der „Abschreckung“, indem Studierende durch mangelhafte Studienbedingungen, strenge Prüfungsselektion, starken Leistungsdruck und administrative Hürden vom Studium an ihrer Einrichtung abgehalten wurden.

3.3. Die 1980er Jahre

Erst Ende der 1980er Jahre – als Teil der Debatte um die neue Steuerung von Hochschulen – wurde auf die Überlastung der Hochschulen und ihres Lehrpersonals sowie die schwierigen Rahmenbedingungen und die oftmals beklagte schlechte Qualität von Studium und Lehre reagiert. Zwar versprachen die Hochschulsonderprogramme von Bund und Ländern von Ende der 1980er bis Mitte der 2000er Jahre eine gewisse finanzielle Linderung (siehe BLK 2001), doch für eine strukturelle Aufstockung der Lehrkapazitäten waren diese Mittel nicht vorgesehen. Zudem konzentrierte sich die Debatte auf die Qualität von Studium und Lehre (z.B. Müller-Böling 1995).

Die Lehrevaluation wurde an den Hochschulen als Kontrollverfahren oder/und zum Zwecke der Verbesserung der eigenen Lehre betrachtet. Dem lag die Vorstellung zugrunde, dass Qualitätsprobleme nicht ausschließlich von Kapazitätsproblemen herrührten, die wiederum der besagten Unterfinanzierung geschuldet waren, sondern auch von kaum studierbaren Studienplänen, mangelnder Studienorganisation und schlechtem Service, fehlender didaktischer Motivation und Qualifikation des Lehrpersonals verursacht seien. Die Hochschulen, ihre Fachbereiche und Institute sahen sich zunehmend einem Rechtfertigungsdruck ausgesetzt. Sie wurden vermehrt für die gebotene Qualität ihrer Lehre verantwortlich gemacht. Der Vertrauensvorschuss, den die Universitäten und Fachhochschulen bis dato genossen hatten, verbrauchte sich allmählich. Auch um

¹¹ Die Kapazitätsverordnungen der Länder, die sich an einer Musterordnung orientierten, vgl. Würmann/Zimmermann (2010).

sich gegenüber Politik und Gesellschaft zu legitimieren, sahen sich die Hochschulen gezwungen, Verfahren der Qualitätssicherung und -steigerung einzuführen. Vielerorts wurden diese neuartigen Maßnahmen aus den besagten Hochschulsonderprogrammen finanziert.

3.4. Die 1990er Jahre

Ab Mitte der 1990er Jahre wurden Verfahren zur Studien- und Lehrevaluation als hochschulspezifische Instrumente des New Public Managements bzw. des New University Managements etabliert (vgl. u.a. Brinckmann 1998; Hödl/Zegelin 1999). Im Sinne dieses Steuerungskonzeptes wurden die Hochschulen autonomer, insbesondere die Leitungsgremien und -personen erhielten mehr Kompetenzen und wurden im Gegenzug auch stärker rechenschaftspflichtig. Die Notwendigkeit, die Studienqualität zu steigern, wurde in dieser Debatte stets auch mit der auszubauenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen in einen Zusammenhang gebracht, so beispielsweise vom damaligen Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers (1997) oder von der Kultusministerkonferenz (KMK 1997).

Zudem sollten Rankings Transparenz über Studienangebot und Studienqualität erzeugen und somit eine wichtige Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb im Studiensystem schaffen. Rankingpositionen werden von Befürwortern dieser vergleichenden Leistungsmessung als Ausdruck des Leistungswettbewerbs unternehmerischer Hochschulen verstanden (vgl. Büttner/Kraus/Rincke 2003; Ramirez 2010).

Als weitere wettbewerbsähnliche Elemente wurden ab Mitte der 1990er Jahre im Rahmen des neuen Steuerungsmodells im Hochschulbereich Verfahren einer indikatorengesteuerten landes- und hochschulinternen Mittelvergabe in den Ländern und an den Hochschulen durchgesetzt (Hirschfeld 2004; Leszczensky/Orr 2004; Ziegele 2000). Kennzahlen wie die Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit oder die Absolvtenzenzahlen bestimmen über einen – zumeist nur geringen, aber langfristigen zunehmenden – Teil der Mittel, die den Hochschulen und ihren Fachbereichen zur Verfügung gestellt werden.

Obwohl die Studierendenzahlen mehr oder weniger kontinuierlich angestiegen waren, wurde ein entsprechender Ausbau des Hochschulbereichs nicht vorangetrieben. In den 1990er Jahren pendelte sich das Ni-

veau bei rund 1,8 Millionen Studierenden ein.¹² Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine seit vielen Jahren immer wieder diagnostizierte strukturelle Unterfinanzierung der Lehre in vielen Bereichen der Hochschulen.

3.5. Die 2000er Jahre

Der in anderen Ländern übliche Weg, einen Teil der fehlenden öffentlichen Mittel für die Lehre durch Studiengebühren zu kompensieren, wurde zwar in Deutschland ebenfalls beschritten, erwies sich aber offenbar politisch als nicht durchsetzbar. Die in einigen Bundesländern Mitte der 2000er Jahre eingeführten Studiengebühren von maximal 500 Euro pro Semester wurden kurz darauf wieder abgeschafft. Derartige an Studierendenzahlen gekoppelte Einnahmen können für die Hochschulen einen finanziellen Anreiz darstellen, Studierende aufzunehmen, das heißt auch, mit anderen Hochschulen um die Studierwilligen und potenziellen Gebührenzahler zu konkurrieren. Nicht nur als Instrument des Wettbewerbs, sondern auch des Marktes könnten Studiengebühren fungieren, wenn sie als Preis verstanden werden, den der Student für das Produkt bzw. die Dienstleistung „Studium“ bezahlen soll. Prinzipiell wäre so ein marktähnlicher Wettbewerb zwischen den „unternehmerischen Hochschulen“ um die „studentischen Kunden“ über die Studienkosten denkbar – sofern die Preise auch von den Marktteilnehmern frei bestimmbar wären. De facto waren bzw. sind sie aber über die Landeshochschulgesetze mehr oder weniger starr festgelegt (vgl. Hüttmann/Pasternack 2005).

In den letzten Jahren wird der Wettbewerbsgedanke im Studiensystem durch staatlich oder durch Verbände veranstaltete Ausschreibungen forciert, wie den von der Bundesbildungsministerin Annette Schavan Mitte Februar 2010 geplanten, aber nicht realisierten „Wettbewerb um die beste Lehre“ im Rahmen des Hochschulpakts 2020.¹³ Stattdessen wurde ein Jahr später – weniger kompetitiv formuliert und mit einem Landesproporz versehen – der „Qualitätspakt Lehre“ ins Leben gerufen, bei dem die Hochschulen um eine Art Drittmittel für ihre Lehrprojekte konkurrieren.¹⁴ Ähnliche Ausschreibungen sind auch die beiden vom Stifterver-

¹² Siehe: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bildung/Content100/lrbil01a.templateId=renderPrint.psml> (letzter Zugriff auf alle angegebenen Internetadressen am 2.2.2012)

¹³ Siehe: http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Mehr-Wettbewerb-fuer-Hochschulen_aid_819521.html

¹⁴ Siehe: <http://www.bmbf.de/de/15375.php>; <http://www.bmbf.de/pubRD/pm2011-11.pdf>

band für die Deutschen Wissenschaft initiierten Wettbewerbe: der „Wettbewerb exzellente Lehre“ von 2009¹⁵, in dessen Zentrum die besten Zukunftsstrategien der Hochschulen für Lehre und Studium stehen, und der Wettbewerb „Cum Laude – Gute Studiengänge im Urteil der Studierenden“ von 2011¹⁶. Entscheidend für diese Ausschreibungen ist nicht der Wettbewerb der Hochschulen um Studierende, sondern der Wettbewerb der Hochschulen um Fördermittel für Konzepte im Studienbereich.

In den 2000er Jahren, insbesondere ab 2008, ist ein neuerlicher Anstieg bei den Studienanfängerzahlen in den westdeutschen Bundesländern zu konstatieren. Im Wintersemester 2003/2004 waren laut Angaben des Statistischen Bundesamtes rund zwei Millionen Studierende an den Hochschulen eingeschrieben, im Wintersemester 2010/11 waren es bereits 2,2 Millionen.¹⁷ Verschärft wird das Kapazitätsproblem aktuell durch die Abschaffung der Wehrpflicht und die doppelten Abiturientenjahrgänge. Diese treten in allen Bundesländern auf, in denen die Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre verkürzt wurde bzw. werden soll – und das sind bis auf Sachsen und Thüringen, deren Gymnasienzeit schon immer nur acht Jahre betrug, alle Länder. Geballt sind diese doppelten Abiturjahrgänge im Jahr 2012 sowie – etwas schwächer – ein Jahr davor und danach zu erwarten (siehe Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 63). Angesichts der absehbar hohen Abiturientenzahlen wurde 2007 (bis 2015 verlängert) ein weiterer, durchaus finanzstarker und daher für die Hochschulen relevanter wettbewerbsähnlicher Mechanismus im Rahmen des Hochschulpaktes 2020¹⁸ eingeführt: Hier handelt es sich um Prämien für die Schaffung bzw. den Erhalt von Studienplätzen. Die westdeutschen Hochschulen erhalten für zusätzlich geschaffene Studienplätze mehr Geld von Bund und Land; die ostdeutschen Hochschulen bekommen zusätzliche Mittel, wenn sie den Stand der Studienanfängerzahlen von 2005 erhalten können.

¹⁵ Siehe: http://www.stifterverband.org/wissenschaft_und_hochschule/lehre/exzellenz_in_der_lehre/index.html

¹⁶ Siehe: http://www.stifterverband.info/wissenschaft_und_hochschule/auszeichnungen_und_preise/cum_laude/index.html

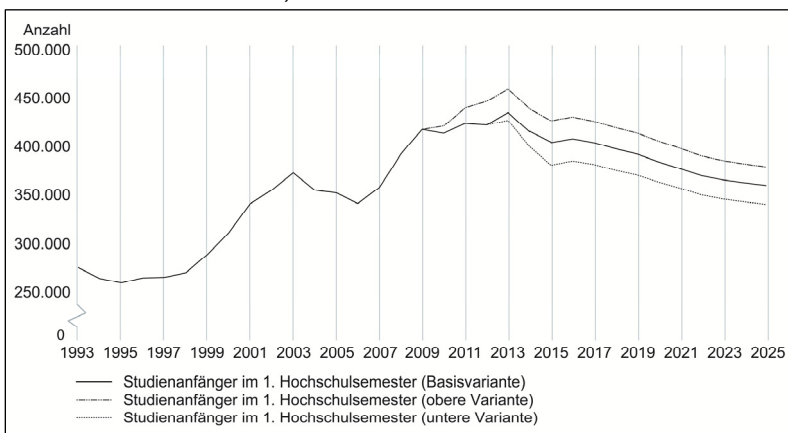
¹⁷ Siehe Fußnote 9 und <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/Content50/StudierendeInsgesamtBundeslaender,templateId=renderPrint.psml>

¹⁸ Mehr Informationen zum Hochschulpakt siehe unter: <http://www.bmbf.de/de/6142.php>

3.6. Prognosen

Obgleich derzeit und in den nächsten Jahren die Bewältigung dieses Ansturms von Studienwilligen an die westdeutschen Hochschulen im Fokus der hochschulpolitischen Debatte steht, deuten die Prognosen mittelfristig auf einen gemäßigten Rückgang der Abiturientenzahlen hin (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 155). Dieser Rückgang der Abgänger/innen aus Gymnasien und Fachoberschulen wird sich auf die Entwicklung der Studienanfängerzahlen auswirken; diese werden – je nach Prognosemodell – unterschiedlich stark sinken, wie die folgende Grafik (Abb. 1) zeigt (vgl. KMK 2009).

Abbildung 1: Varianten der Vorausberechnung der Studienanfängerzahl 1993 bis 2025 (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen und Berufsakademien ab 2010)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Hochschulstatistik, Bildungsvorausberechnung 2010 – vorläufige Ergebnisse, aus: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010: 181)

Aus dieser Prognose resultiert eine völlig neue Situation für die Hochschulen: Bei gleichbleibenden Kapazitäten werden sie sich selbst verstärkt aktiv um Studierende bemühen müssen. Die demografische Entwicklung hat voraussichtlich zur Folge, dass mittel- bis langfristig in verschiedenen Regionen und in bestimmten Fächern an den Hochschulen Überkapazitäten in der Lehre entstehen könnten, Studienplätze also nicht belegt werden. In aktuell überlasteten Fächern kann mit dem Rückgang der Bewerberzahlen dagegen eine gewisse Entspannung eintreten, bis mit zunehmendem Abiturientenschwund auch dort eventuell Studieninteres-

sierte gesucht werden. Vorreiter sind die ostdeutschen Länder, die seit Anfang der 2010er Jahre gegenüber dem Stand von Mitte der 2000er Jahre mit rund 40 Prozent weniger Abiturient/innen in ihrer Region rechnen müssen. Folgt man den genannten Prognosen, dann wird sich dieser Trend auch in den westdeutschen Ländern – zwar nur allmählich und nicht in dieser Relation wie in den ostdeutschen Ländern – bemerkbar machen.

3.7. Wettbewerb um Studierende

Angesichts des aktuellen Rekordhochs der Studentenzahlen und der Not der Hochschulen, diese vielen Studierenden aufzunehmen, mag die Prognose erstaunlich klingen, dass es mittel- bis langfristig mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Studieninteressierte geben wird. Doch aller Voraussicht nach wird sich in den Regionen mit sinkenden Abiturientenzahlen der Trend der letzten vier Jahrzehnte umdrehen: Nicht mehr die Studienplätze sind knapp, sondern die Studieninteressenten werden weniger, so dass nicht mehr die Studieninteressenten in Konkurrenz um die Studienplätze, sondern die Hochschulen in Konkurrenz um die Studieninteressenten stehen. Marktwirtschaftlich ausgedrückt wird – nach Regionen und Fächern differenziert – ein Überhang im Angebotsbereich festzustellen sein, wo zuvor ein Gleichgewicht oder gar ein Überhang in der Nachfrage bestanden hat. Bewahrheiten sich diese Prognosen, ist als politische Reaktion auch mit Kürzungen in den Hochschuletats und demzufolge mit „schrumpfenden Hochschulen“ zu rechnen. In der Konsequenz wird ein Wettbewerb der Hochschulen und der Fakultäten um die knappe „Ressource“ Studierende bzw. gute Studierende stattfinden. Mit dem drohenden Rückgang der Bewerberzahlen kann bereits in den ostdeutschen Flächenländern eine gewisse Ausrichtung auf mehr Wettbewerb um Studieninteressierte festgestellt werden; zahlreiche Werbekampagnen und neu eingerichtete Marketingstellen an den Hochschulen zeugen davon (vgl. Winter 2008). Diese Wettbewerbsorientierung wird sich – so ist zu vermuten – ab Mitte der 2010er Jahre nach und nach auf ganz Deutschland ausweiten.

Die Ausprägung des Wettbewerbs wird stark vom Hochschulstandort und den jeweiligen Studienfächern abhängig sein. In manchen Regionen und in manchen Fächern wird es in erster Linie darum gehen, die Studienplätze überhaupt zu besetzen; in anderen dagegen wird sich der Wettbewerb darauf konzentrieren, die „besten“ oder zumindest „passenden“ Studierenden zu gewinnen. Neben den quantitativen Aspekten (Anzahl der Studienplätze, Anzahl der potenziellen Studieninteressierten) wird

demnach auch das Leistungsniveau der Abiturienten bei der Studienplatzverteilung eine zentrale Rolle spielen. Besonders im Master-Bereich werden sich Angebot und Nachfrage erheblich unterscheiden: In manchen Fächern und an manchen Standorten werden die Hochschulen Probleme haben, überhaupt genügend Studierende zu finden; an anderen führt die große Anzahl von Bewerbern zu hochselektiven Auswahl- und Zulassungsverfahren. Hinsichtlich der Anwendung von Zulassungs- und Auswahlverfahren ist folglich zu erwarten, dass sich die Studienplatzvergabe in den Fächern und an den Hochschulstandorten unterschiedlich entwickeln wird. Dies gilt es genauer empirisch zu untersuchen.

Zwei weitere strukturelle Faktoren, die in den letzten Jahren dazugekommen sind, werden diesen Wettbewerb um Studierende vorantreiben. Beide stärken den Charakter der Hochschulen als handlungsfähige und -willige Organisationen. Erstens besteht aufgrund des Wegfalls der Rahmenprüfungsordnungen¹⁹ im Zuge der Bologna-Studienstruktureform, die ab den 2000er Jahren an den Hochschulen umgesetzt worden ist, die grundsätzliche Möglichkeit einer inhaltlichen Ausdifferenzierung der Studiengänge (vgl. Winter 2009). Zugleich erhielten die Hochschulen mehr hochschulgesetzliche Kompetenzen, selbst Studiengänge einzurichten oder zu schließen (vgl. Winter 2011).

Mit diesen Kompetenzerweiterungen im Rahmen des New Public Management ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Wettbewerb mit differenzierten Studienangeboten geschaffen worden. Die Profilbildung der Hochschulen im Studienangebot wird in der hochschulpolitischen Diskussion als eine zentrale Voraussetzung für ihr Bestehen im Wettbewerb erachtet. Die Umstellung auf das neue Studiensystem Mitte der 2000er Jahre allein führte indes nicht zu einer Wettbewerbsausrichtung der Hochschulen. So stellt Georg Krücken nach Interviews mit Hochschulvertretern fest, dass „Wettbewerb um Studierende“ bei der Gestaltung der neuen Studiengänge keine entscheidende Rolle gespielt habe (2008: 171); der Diskurs um den Wettbewerb spiegelte sich nicht im Handeln der Hochschulen wider.

Zweitens wirkt sich der Abbau einer bundesweit steuernden Studienplatzvergabe wettbewerbsverstärkend aus: Im Zuge der allseits proklamierten Deregulierung und Stärkung der Hochschulautonomie wurde die zentrale Vermittlung von Studienplätzen sukzessiv abgebaut (vgl. Hail-

¹⁹ Zuständig für die Rahmenprüfungsordnungen war die Kultusministerkonferenz in Abstimmung mit der Hochschulrektorenkonferenz. Siehe: <http://www.kmk.org/wissenschaft-hochschule/studium-und-pruefung/rahmenpruefungsordnungen.html>

bronner 2002). Die ZVS wurde aus der Perspektive des New Public Managements als dirigistisches Lenkungsinstrument zur „Kinderlandverschickung“ betrachtet (z.B. Etzold 2001). Dahinter stand die Überzeugung, dass der Hochschulzugang die „Reifeprüfung für ein wettbewerbliches Hochschulsystem“ (Müller-Böling 2000: 117) darstelle, weshalb die Hochschulen ihre Studierenden selbst auswählen sollten (vgl. Dallinger 1998; Lischka/Wolter 2001).

In Zeiten knapper Studienplätze sollte dies dazu führen, dass sich die Hochschulen im Leistungsniveau ihrer Studierenden stärker vertikal ausdifferenzieren und so ihre Profilbildung vorantreiben. Zugunsten von hochschuleigenen Auswahlverfahren wurde die ZVS in ihrer Bedeutung peu à peu herabgesetzt, bis sie als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Jahr 2010 aufgelöst – genauer: in eine Stiftung mit anderem Auftrag umgewandelt – wurde. Die meisten der bislang von der ZVS verwalteten Studiengänge wurden in die neue gestufte Struktur mit Bachelor- und Master-Abschlüssen überführt. Zudem wurde in den verbliebenen zentral vermittelten Fächern der Einfluss der Hochschulen bei der Auswahl der Abiturient/innen ausgebaut. Gänzlich verschwunden ist die zentrale Instanz zur „Allokation“ von Studienbewerber/innen noch nicht, allerdings ist ihr Wirkungskreis stark reduziert; die ZVS bzw. deren Nachfolgeeinrichtung, die Stiftung für Hochschulzulassung, vergibt derzeit nur noch die medizinischen und die pharmazeutischen Studienplätze (mit staatlichem Abschluss).²⁰

Zusammenfassend kann festgestellt werden: Dank der Organisations- und Steuerungsreformen der letzten Jahre verfügen die Hochschulen über mehr Einfluss auf ihre eigene Entwicklung und strategische Ausrichtung – auch im Studienbereich. Dies gilt insbesondere für die Auswahl und Zulassung von Studienanfängern sowie – forciert durch die Bologna-Reform – für die Entwicklung des Studienangebots und die Gestaltung der neuen Studiengänge. Hiervon ausgehend lässt sich folgende Prognose formulieren: Die Organisations- und Steuerungsreformen in Verbindung mit dem demografisch bedingten Rückgang der Abiturientenzahlen lassen in den nächsten Jahren eine zunehmende Verwettbewerblichung im Studienbereich erwarten; mit der sogenannten Organisationswerdung der Hochschulen und der demografischen Entwicklung wird die Wettbewerbslogik auch auf dem Gebiet von Studium und Lehre an Gewicht gewinnen.

²⁰ Siehe: <http://www.hochschulstart.de/>

Die Hochschulen werden sich also darauf einstellen müssen, um (gute) Studieninteressierte zu konkurrieren. Dies wird sich darin äußern, dass vermehrt Studienwerbung betrieben und entsprechende Marketingstellen an den Hochschulen eingerichtet werden.²¹ Zudem werden die Studienangebote an die von den Hochschulen antizipierte Studiennachfrage angepasst. Schließlich führt ein verstärkter Wettbewerb um Studierende dazu, dass die Hochschulen immer mehr den Marketinggedanken als „Unternehmens- bzw. Hochschulführungsphilosophie“ übernehmen. Marketing – definiert als „Planung, Koordination und Kontrolle aller auf die aktuellen und potenziellen Märkte ausgerichteten Unternehmensaktivitäten“ zum Zwecke der Befriedung von Kundenbedürfnissen und Verwirklichung von Unternehmenszielen (Meffert/Burmann/Kirchgeorg 2008: 19) – könnte damit zur wesentlichen Richtschnur hochschulunternehmerischen Handelns werden. Dieser Wettbewerb um Studierende wird in erster Linie zwischen Hochschulen, Fachbereichen und Instituten ausgetragen. Damit wird sich die Art von Wettbewerb durchsetzen, der bereits vor 30 Jahren proklamiert wurde: der Wettbewerb der Organisationen.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf
- Bloch, Roland/Keller, Andreas/Lottmann, André/Würmann, Carsten 2008: Making Excellence. Grundlagen, Praxis und Konsequenzen der Exzellenzinitiative. Bielefeld: WBV
- Bode, Christian/Weber, Joachim D. 1996: Hochschulzulassung. S. 673-710 in: Flämig, Christian/Krüger, Hartmut/Rupp, Hans Heinrich/Schuster, Hermann Josef/Kimmich, Otto/Meusel, Ernst-Joachim/Scheven, Dieter/Stenbock-Fermor, Friedrich (Hg.) 1996: Handbuch des Wissenschaftsrechts. Berlin: Springer. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage
- Boer, Harry de/Enders, Jürgen/Jongbloed, Ben 2009: Market governance in higher education. S. 61-78 in: Kehm, Barbara M./Huisman, Jeroen/Stensaker, Bjorn (Hg.):

²¹ Allein der Ausbau der Stellen für Studienwerbung und Hochschulmarketing an den ostdeutschen Hochschulen im Zuge des Hochschulpakts 2020 (vgl. Winter 2008) kann die westdeutschen Hochschulen dazu bewegen, hier gleich zu ziehen und diesen „Markt“ nicht den ostdeutschen Konkurrenten zu überlassen – auch wenn eine intensiviertere Werbung objektiv nicht nötig wäre. Dies zeigt, dass auch ohne große demografische Zwänge eine Art Wettbewerbsdynamik entstehen kann.

- The European Higher Education Area: Perspectives on a Moving Target. Rotterdam, Boston, Taipei: Sense Publications
- Brinckmann, Hans 1998: Die neue Freiheit der Universität. Operative Autonomie für Lehre und Forschung an Hochschulen. Berlin: Edition Sigma
- Bröckling, Ulrich 2000: Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement. S. 131-167 in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Bruno, Isabelle 2009: The "Indefinite Discipline" of Competitiveness Benchmarking as a Neoliberal Technology of Government. S. 261-280 in: Minerva, Vol. 47, Heft 3
- BLK, Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2001: Gemeinsames Hochschulsonderprogramm III. Abschlussbericht zum Gemeinsamen Hochschulsonderprogramm III des Bundes und der Länder. Bonn: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung. URL: <http://www.blk-bonn.de/papers/heft95.pdf>
- Büttner, Thiess/Kraus, Margit/Rincke, Johannes 2003: Hochschulranglisten als Qualitätsindikatoren im Wettbewerb der Hochschulen. S. 252-270 in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Vol. 72, Heft 2
- Clark, Burton R. 1983: The Higher Education System. Academic Organization in Cross-National Perspective. Berkeley: University of California Press
- Clark, Burton R. 2001: Creating Entrepreneurial Universities. Organizational Pathways of Transformation. Oxford: Pergamon Press
- Dallinger, Peter 1998: Neuordnung des Hochschulzugangs. Zur Einführung des Wettbewerbs im Hochschulsystem 1998. S. 127-151 in: Wissenschaftsrecht, Vol. 31, Heft 2
- Darraz, Enrique Fernández/Lenhardt, Gero/Reisz, Robert D./Stock, Manfred 2009: Private Hochschulen in Chile, Deutschland, Rumänien und den USA – Struktur und Entwicklung. HoF-Arbeitsbericht 4/09: Wittenberg. URL: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2009.pdf
- Dierkes, Meinolf/Merkens, Hans 2002: Zur Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland. Gutachten erstellt für die Enquete Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des Deutschen Bundestages. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung. URL: <http://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t488.pdf>
- Etzold, Sabine 2001: Absurd für immer? Noch steht die ZVS unter Verfassungsschutz. Doch sie muss sich wandeln. Die Zeit, Nr. 30. URL: http://www.zeit.de/2001/30/200130_zvs.xml
- Felt, Ulrike/Nowotny, Helga/Taschwer, Klaus 1995: Wissenschaftsforschung: Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus
- Franck, Egon P./Schönfleder, Bruno 2000: On the Role of Competition in Higher Education – Uses and Abuses of the Economic Metapher. S. 214-237 in: Schmalenbach Business Review, Vol. 52, Heft 3
- Gemeinsame Kommission von DFG und Wissenschaftsrat 2008: Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Exzellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz. Bonn. URL: <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Bericht-Exzellenzinitiative.pdf>
- Graßl, Hans 2008: Ökonomisierung der Bildungsproduktion. Zu einer Theorie des konservativen Bildungsstaats. Baden-Baden: Nomos

- Hahn, Karola 2004: Die Internationalisierung der deutschen Hochschulen: Kontext, Kernprozesse, Konzepte und Strategien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Hailbronner, Kay 2002: Hochschulzugang, zentrale Studienplatzvergabe und Hochschulauswahlverfahren. S. 209-232 in: Wissenschaftsrecht, Vol. 35, Heft 3
- Hartmann, Michael 2006: Die Exzellenzinitiative – ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik. S. 447-465 in: Leviathan, Vol. 34, Heft 4
- Hartmann, Michael 2010: Die Exzellenzinitiative und ihre Folgen. S. 369-387 in: Leviathan, Vol. 38, Heft 3
- Hasse, Raimund 2003: Die Innovationsfähigkeit der Organisationsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Herrmann, Wolfgang A. 2005: Unternehmen Universität – Universität unternehmen. Deutschland im Paradigmenwechsel des Hochschulsystems. S. 8-15 in: ifo Schnelldienst, Vol. 58, Heft 18. URL: <http://www.cesifo-group.de/portal/pls/portal/docs/1/1201505.PDF>
- Hirschfeld, Olaf 2004: Zu Aspekten der Koordination im deutschen Hochschulsystem. Wettbewerb, Markt und Indikatorbasierte Mittelverteilung. Leipzig: Engelsdorfer Verlag
- Hödl, Erich/Zegelin, Wolf 1999: Hochschulreform und Hochschulmanagement: Eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Diskussion. Marburg: Metropolis
- Hornbostel, Stefan/Simon, Dagmar/Heise, Saskia (Hg.) 2008: Exzellente Wissenschaft. Das Problem, der Diskurs, das Programm und die Folgen. Bonn: IFQ-Working paper 4. URL: <http://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t1749.pdf>
- Hüttmann, Jens/Pasternack, Peer 2005: Studiengebühren nach dem Urteil. Wittenberg: HoF-Arbeitsbericht 5/2005. URL: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2005.pdf
- Jongbloed, Ben 2003: Marketisation in Higher Education, Clark's Triangle and the Essential Ingredients of Markets. S. 110-135 in: Higher Education Quarterly, Vol. 57, Heft 2
- Kielmansegg, Peter Graf 1984: „Adam Smith und Wilhelm von Humboldt“ – Überlegungen zur Frage, ob mehr Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem wünschenswert und möglich sei. S. 41-60 in: Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hg.): Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich. Jahresversammlung 1984. Dokumente zur Hochschulreform 55/1984. Hannover
- Kielmansegg, Peter Graf 2010: Die Kunst der Ankündigung als Kernstück wissenschaftlicher Arbeit. S. 8 in: Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ vom 25.11.2010, Nr. 275
- Kieser, Alfred 2010: Unternehmen Wissenschaft? S. 347-367 in: Leviathan, Vol. 38, Heft 3
- KMK, Kultusministerkonferenz 1997: Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland. Bericht der Kultusministerkonferenz an die Ministerpräsidentenkonferenz zu den Umsetzungsmaßnahmen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.10.1997): Bonn
- KMK, Kultusministerkonferenz 2009: Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2009-2020. Zwischenstand. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 18.05.2009. URL: http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Zwischenstand_Vorausberechnung_Studienanfängerzahlen_2009_2020.pdf

- Kreckel, Reinhardt 2004: Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung. Bonn: Lemmens
- Krücken, Georg 2005 (Hg.): Hochschulen im Wettbewerb. Eine Untersuchung am Beispiel der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an deutschen Universitäten. Enderbericht des Lehrforschungsprojektes 2005. Universität Bielefeld/Fakultät für Soziologie. URL: <http://hsdbs.hof.uni-halle.de/documents/t1260.pdf>
- Krücken, Georg 2008: Zwischen gesellschaftlichem Diskurs und organisationalen Praktiken. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Wettbewerbskonstitution im Hochschulbereich. S. 165-175 in: Zimmermann, Karin/Kamphans, Marion/Metz-Göckel, Sigrid (Hg.): Perspektiven der Hochschulforschung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Lange, Stefan 2008: New Public Management und die Governance der Universitäten. S. 235-248 in: dms – der neue staat, Vol. 1, Heft 1. URL: http://www.der-moderner-staat.de/texte/dms1_08_lange.pdf
- Leibfried, Stephan (Hg.) 2010: Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven. Frankfurt/Main, New York: Campus
- Leszczensky, Michael/Orr, Dominic James 2004: Staatliche Hochschulfinanzierung durch indikatorgestützte Mittelverteilung. Dokumentation und Analyse der Verfahren in 11 Bundesländern. Hannover: Hochschul-Informationssystem, HIS-Kurzinformation A 2004, 2. URL: http://www.his.de/pdf/pub_kia/kia200402.pdf
- Lischka, Irene/Wolter, Andrä (Hg.) 2001: Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen. Weinheim: Beltz
- Mannheim, Karl 2009 (1928): Die Bedeutung der Konkurrenz im Gebiete des Geistigen. S. 81-120 in: Mannheim, Karl 2009: Schriften zur Wirtschafts- und Kulturosoziologie. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Marginson, Simon 2004: Competition and Markets in Higher Education: a 'Glonacal' Analysis. S. 175-244 in: Policy Futures in Education, Vol. 2, Heft 2
- Meffert, Heribert/Burmann, Christoph/Kirchgeorg, Manfred 2008: Marketing. Wiesbaden: Gabler. 10. Auflage
- Meier, Frank 2009: Die Universität als Akteur. Zum institutionellen Wandel der Hochschulorganisation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Monopolkommission (Möschel, Wernhard/Greiffenberger, Heinz/Haastert, Winfried/Hellwig, Martin/Weber-Braun, Elke) 2000: Wettbewerb als Leitbild für die Hochschulpolitik. Sondergutachten der Monopolkommission gemäß Paragraph 44 Abs. 1 Satz 4 GWB. Bonn. URL: http://www.monopolkommission.de/sg_30/text_s30.pdf
- Müller-Böling, Detlef (Hg.) unter Mitarbeit von Andreas Barz 1995: Qualitätssicherung in Hochschulen: Forschung – Lehre – Management. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung
- Müller-Böling, Detlef 2000: Die entfesselte Hochschule. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Münch, Richard 2009a: Stratifikation der Hochschullandschaft. Zwischen Leistungswettbewerb und Machtlogik 2009. S. 258-273 in: Zeitschrift für Pädagogik, Vol. 55, Heft 2
- Münch, Richard 2009b: Unternehmen Universität. S. 10-16 in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ, Heft 45 / 02.11.2009
- Münch, Richard 2010: Bologna oder Die Kapitalisierung der Bildung. S. 47-54 in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Vol. 55, Heft 1
- Münch, Richard/Pechmann, Max 2009: Der Kampf um Sichtbarkeit. Zur Kolonialisierung des wissenschaftsinternen Wettbewerbs durch wissenschaftliche Evaluations-

- verfahren. S. 67-92 in: Bogumil, Jörg/Heinze, Rolf G. (Hg.): Neue Steuerung von Hochschulen: Eine Zwischenbilanz. Berlin: Edition Sigma
- Nullmeier, Frank 2000: „Mehr Wettbewerb!“ Zur Marktkonstitution in der Hochschulpolitik. Czada, Roland und Lütz, Susanne (Hg.): Die politische Konstitution von Märkten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Oehler, Christoph unter Mitarbeit von Christiane Bradatsch 1997: Die Hochschulentwicklung nach 1945. S. 412-446 in: Führ, Christoph/Furck, Carl-Ludwig/Berg, Christa (Hg.) 1997: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 6. 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Bundesrepublik Deutschland. München: Beck
- Oelkers, Jürgen 2007: Schnittstelle als Entwicklungsfeld von Hochschulen und Gymnasien. Vortrag auf dem Symposium HSGYM – Hochschulreife und Studierfähigkeit am 17. Januar 2007. URL: http://www.educ.ethz.ch/hsgym/Oelkers_Schnittstelle.pdf
- Ramirez, Francisco O. 2010: Accounting for Excellence: Transforming Universities Into Organizational Actors. S. 43-58 in: Portnoi, Laura M./Rust, Val D./Bagley, Sylvia S. (Hg.) 2010: Higher Education, Policy, and the Global Competition Phenomenon. International and Development Education. New York: Palgrave Macmillan
- Rüttgers, Jürgen 1997: Studienstandort Deutschland attraktiver gestalten. Immer weniger ausländische Studenten in Deutschland. S. 182-184 in: Forschung & Lehre, Vol. 4, Heft 4
- Scharpf, Fritz W. 2005: Recht und Politik in der Reform des deutschen Föderalismus. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper 6/2005. Köln. URL <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp05-6/wp05-6.html>
- Schimank, Uwe 1994: Ressourcenverknappung und/oder Leistungsdefizite. Probleme der westdeutschen Hochschulforschung seit Mitte der siebziger Jahre. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln – Discussion Paper 1994, 2. URL: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp94-2.pdf
- Simmel, Georg 1903: Soziologie der Konkurrenz. S. 1009-1023 in: Neue Deutsche Rundschau (Freie Bühne), 14. Jahrgang, Heft 10 vom Oktober 1903. URL: <http://socio.ch/sim/kon03.htm>
- Slaughter, Sheila/Leslie, Larry L. 1997: Academic Capitalism. Politics, Policies, and the Entrepreneurial University. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Slaughter, Sheila/Rhoades, Gary 2004: Academic Capitalism and the New Economy. Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Stock, Manfred 2005: Hochschule, Professionen und Modernisierung. Zu den professionssoziologischen Analysen Talcott Parsons'. S. 72-91 in: die hochschule, Vol. 14, Heft 1
- Stock, Manfred 2006: Zwischen Organisation und Profession. Das neue Modell der Hochschulsteuerung in soziologischer Perspektive. S. 67-79 in: die hochschule, Vol. 15, Heft 2
- Störling, Erhard 2002: Wissenschaft als Sport. Ein soziologischer Blick auf widersprüchliche Mechanismen des Wissenschaftsbetriebs. S. 58-78 in: die hochschule, Vol. 11, Heft 2
- Torka, Marc 2006: Die Projektförmigkeit der Forschung S. 63-83 in: die hochschule, Vol. 15, Heft 1
- Voß, Günter G./Pongratz, Hans J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? S. 131-158 in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 50, Heft 1
- Weingart, Peter 2003: Wissenschaftssoziologie. Bielefeld: transcript-verlag

- Weingart, Peter 2008: Ökonomisierung der Wissenschaft. S. 477-484 in: NTM – Zeitschrift für Geschichte der Wissenschaften, Technik und Medizin, Vol. 16, Heft 4
- Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hg.) 1984: Differenzierung und Wettbewerb im Hochschulbereich. Jahresversammlung 1984. Dokumente zur Hochschulreform 55/1984. Hannover
- Wiesenthal, Helmut 2000: Markt, Organisation und Gemeinschaft als ‚zweitbeste‘ Verfahren sozialer Koordination. S. 44-73 in: Raymund Werle/Uwe Schimank (Hg.): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit, Frankfurt/Main: Campus
- Wilms, Dorothee 1983: Wettbewerb statt Bürokratie. Leitlinien für eine neue Hochschulpolitik aus Sicht des Bundes. Bonn: BMBW
- Winnacker, Ernst-Ludwig 2006. Im Wettbewerb um neues Wissen: Exzellenz zählt. S. V-XII in: Forschung – Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heft 2. URL: http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_magazin/wissenschaft_oeffentlichkeit/forschung_magazin/forschung_2006_2_exkurs.pdf
- Winter, Martin 2008: Studienwerbung und Marketingaktivitäten der ostdeutschen Hochschulen. Ergebnisse einer Befragung im ersten Vierteljahr 2008. S. 108-131 in: die hochschule, Vol. 17, Heft 1
- Winter, Martin 2009: Das neue Studieren – Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland. Wittenberg: HoF-Arbeitsbericht 1/2009. URL: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2009.pdf
- Winter, Martin 2011: Studium und Studienreform im Vergleich der Bundesländer. Statistische Entwicklungen, Landeshochschulgesetze, Zielvereinbarungen und ministerielle Vorgaben. S. 215-280 in: Pasternack, Peer (Hg.): Hochschulen nach der Föderalismusreform. Leipzig: Akademische Verlagsanstalt
- Wissel, Carsten von 2007: Hochschule als Organisationsproblem. Neue Modi universitärer Selbstbeschreibung in Deutschland. Bielefeld: transcript
- WR, Wissenschaftsrat 1985: Empfehlungen zu Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem. Köln
- WR, Wissenschaftsrat 2000: Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland. Berlin. Drucksache 4594/00. URL: http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/pm_1400.pdf
- Wolter, Andrä 1989: Von der Elitenbildung zur Bildungsexpansion. Zweihundert Jahre Abitur (1788-1988). Oldenburg: Oldenburger Universitätsreden. URL: <http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/bisverlag/unireden/ur28/ured28.html>
- Würmann, Carsten/Zimmermann, Karin (Hg.) 2010: Hochschulkapazitäten – historisch, juristisch, praktisch. die hochschule, Vol. 19, Heft 2
- Ylijoki, Oili-Helena 2003: Entangled in Academic Capitalism? A Case-study on Changing Ideals and Practices of University. S. 307-335 in: Higher Education, Vol. 45, Nr. 3
- Ziegele, Frank 2000: Mittelvergabe und Zielvereinbarungen. Finanzierungsinstrumente eines Neuen Steuerungsmodells im Verhältnis Staat – Hochschule. Überlegungen und Erfahrungen in den deutschen Bundesländern. S. 331-381 in: Titscher, Stefan/Winckler, Georg/Biedermann, Hubert/Gatterbauer, Helmuth/Laske, Stephan/Moser, Reinhard/Strehl, Franz/Wojda, Franz/Wulz, Heribert (Hg.): Universitäten im Wettbewerb. Zur Neustrukturierung österreichischer Universitäten. München, Mering: Hampp

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion:
Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-28-1

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de>

Von 1991 bis 2001 erschien „die hochschule“ unter dem Titel „hochschule ost“ an der Universität Leipzig (<http://www.uni-leipzig.de/~hso>). „die hochschule“ steht in der editorischen Kontinuität von „hochschule ost“ und dokumentiert dies durch eine besondere Aufmerksamkeit für ostdeutsche Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung sowie -geschichte.

Als Beilage zum „journal für wissenschaft und bildung“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack (Direktion) und Anke Burkhardt (Geschäftsführung). Durch einen Kooperationsvertrag ist HoF mit dem WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg (www.wzw-online.de) verbunden.

Neben der Zeitschrift „die hochschule“ mit dem „HoF-Berichterstatte“ publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (ISSN 1436-3550) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig.

Umschlagseite: Motorradrennen am 31. Juli 1949 in Wittenberg

(Fotostudio Kirsch, Wittenberg)

Cartoon Umschlagrückseite: Karsten Schley

Wettbewerb und Hochschulen

6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg 2011

Martin Winter; Carsten Würmann:

Wettbewerb und Hochschulen. Editorial6

Martin Winter:

Wettbewerb im Hochschulwesen17

Andres Friedrichsmeier; Silke Fürst:

Neue Governance als Wettbewerb um Sichtbarkeit.

Zur veränderten Dynamik der Öffentlichkeits- und

Medienorientierung von Hochschulen.....46

Choni Flöther; René Kooij:

Hochschulen als Faktoren im regionalen Standortwettbewerb.

(K)eine Gewinner-Verlierer-Story?.....65

Sascha Gerber; Linda Jochheim:

Paradigmenwechsel im Wissenschaftswettbewerb?

Umsetzungsstand und Wirkung neuer Steuerungsinstrumente

im deutschen Universitätssystem82

Justus Henke; Dieter Dohmen:

Wettbewerb durch leistungsorientierte Mittelzuweisungen?

Zur Wirksamkeit von Anreiz- und Steuerungssystemen

der Bundesländer auf Leistungsparameter der Hochschulen.....100

René Krempkow; Patricia Schulz:

Welche Effekte hat die leistungsorientierte Mittelvergabe?

Das Beispiel der medizinischen Fakultäten Deutschlands..... 121

Thorsten Lenz; Günter Raßer:

Forschungsleistung im Ländervergleich. Forschung an

Hochschulen und strukturelle Bedingungen der Länder..... 142

Thamar Klein; Alexandra Kraatz; Stefan Hornbostel:

Begutachtungsprozesse im Wettbewerb um Drittmittel.

Das Beispiel der Sonderforschungsbereiche 164

Diana Schmidt-Pfister; Nora Hangel:

Wettbewerb und Zusammenarbeit im universitären Forschungsalltag.

Ambivalent und untrennbar 183

Roland Bloch; Carsten Würmann:

Außer Konkurrenz? Lehre und Karriere..... 199

Fred G. Becker; Wögen N. Tadsen; Ralph Stegmüller; Elke Wild:

Ansichten und Anreize „guter Lehre“ aus Sicht

von Hochschulleitungen. Ergebnisse einer Interviewserie 220

Marius Herzog:

Karriere in der Lehre? Die Lehrorientierung wissenschaftlicher

Mitarbeiter und ihre Bedeutung für die Wettbewerbsarena Lehre 233

Monika Jungbauer-Gans; Christiane Gross:

Veränderte Bedeutung meritokratischer Anforderungen

in wissenschaftlichen Karrieren 245

Heinke Röbbken; Gerd Grözingen:

Wissenschaftliche Karrieren im Maschinenbau.

Eine netzwerktheoretische Analyse zum Reputationswettbewerb..... 260

Wiebke Esdar; Julia Gorges; Elke Wild:

Karriere, Konkurrenz und Kompetenzen. Arbeitszeit und

multiple Ziele des wissenschaftlichen Nachwuchses 273

Brigitte Aulenbacher; Birgit Riegraf:

Economical Shift und demokratische Öffnungen.

Uneindeutige Verhältnisse in der unternehmerischen und

geschlechtergerechten Universität..... 291

PUBLIKATIONEN

Benedict Kaufmann: Akkreditierung als Mikropolitik.
Zur Wirkung neuer Steuerungsinstrumente
an deutschen Hochschulen (*Alexander Mitterle*)304

Peer Pasternack; Daniel Hechler:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....308

Autorinnen & Autoren322

Autorinnen & Autoren

Brigitte Aulenbacher, Prof. Dr. rer. soc., Professorin für Soziologische Theorie und Sozialanalysen und Leiterin der Abteilung Theoretische Soziologie und Sozialanalysen im Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz, eMail: brigitte.aulenbacher@jku.at

Fred G. Becker, Prof. Dr. rer. pol., Professor für Betriebswirtschaftslehre, insb. Personal, Organisation und Unternehmensführung, Universität Bielefeld, u.a. Projektleiter des Projekts „Motivation und Anreize zu ‚guter Lehre‘ im Rahmen des Inplacement (MogLI)“, eMail: lstfgbecker@wiwi.uni-bielefeld.de

Roland Bloch, Dr. rer. pol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), eMail: roland.bloch@hof.uni-halle.de

Dieter Dohmen, Dr. rer. oec., Leiter des Instituts für Bildungs- und Sozialökonomie Berlin (FIBS), eMail: d.dohmen@fibs.eu

Wiebke Esdar, Dipl.-Psych., B.A. (Sozialwissenschaften, Geschichte), wissenschaftliche Mitarbeiterin, Arbeitseinheit Pädagogische Psychologie, Universität Bielefeld, eMail: wiebke.esdar@uni-bielefeld.de

Choni Flöther, Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung der Universität Kassel (INCHER-Kassel), eMail: c.floether@incher.uni-kassel.de

Andres Friedrichsmeier, Dr. phil., Organisationssoziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikationswissenschaft an der WWU Münster, eMail: friedrichsmeier@wwu.de

Silke Fürst M.A., Kommunikationswissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft an der WWU Münster, eMail: silke.fuerst@wwu.de

Sascha Gerber, Dipl.-Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik, eMail: sascha.gerber@ruhr-uni-bochum.de

Julia Gorges, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Arbeitseinheit Pädagogische Psychologie, Universität Bielefeld, eMail: julia.gorges@uni-bielefeld.de

Christiane Gross, Dr. sc. pol., Soziologin, Habilitationsstipendiatin am Institut für Sozialwissenschaften, Universität Kiel, eMail: cgross@soziologie.uni-kiel.de

Gerd Grözing, Prof. Dr., Professor im Fachgebiet Sozial- und Bildungsökonomie, Universität Flensburg, eMail: groezing@uni-flensburg.de

Nora Hangel, Dr. phil., Philosophin und Kulturwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Wissenschaftliche Integrität im Kontext von Integration und Wettbewerb“ am Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ an der Universität Konstanz, eMail: nora.hangel@uni-konstanz.de

Daniel Hechler M.A., wissenschaftlicher Referent am Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Justus Henke, Mag. rer. soc. oec., eMail: justus.henke@gmail.com

Marius Herzog, Dr. phil., Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stabstelle Studium und Lehre an der Hochschule Hannover, eMail: marius.herzog@fh-hannover.de

Stefan Hornbostel, Prof. Dr., Professor für Soziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und Leiter des Instituts für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ), eMail: hornbostel@forschungsinfo.de

Linda Jochheim, Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Sozialwissenschaft, Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik, eMail: linda.jochheim@ruhr-uni-bochum.de

Monika Jungbauer-Gans, Prof. Dr. rer. pol., Soziologin, Fachbereich Wirtschaftssoziologie der Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftssoziologie, eMail: monika.jungbauer-gans@wiso.uni-erlangen.de

Thamar Klein, Dr. phil, Ethnologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung, eMail: klein@forschungsinfo.de

René Kooij, M.Sc., Geograph, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Zentrum für Hochschulforschung der Universität Kassel (INCHER-Kassel), eMail: kooij@incher.uni-kassel.de

Alexandra Kraatz, Dr. phil., Ethnologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung Berlin, eMail: kraatz@forschungsinfo.de

René Krempkow, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung Berlin, eMail: krempkow@forschungsinfo.de

Thorsten Lenz, Dipl.-Kfm., wissenschaftlicher Referent am Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, eMail: lenz@ihf.bayern.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Wissenschaftlicher Geschäftsführer WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Günter Raßer, Dr. rer. nat., Statistiker, wissenschaftlicher Referent am Bayerischen Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, eMail: Rasser@ihf.bayern.de

Birgit Riegraf, Prof. Dr. phil., Professorin für Allgemeine Soziologie an der Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Paderborn, eMail: riegraf@mail.upb.de

Heinke Röbbken, Prof. Dr., Professorin für Bildungsorganisation und Bildungsmanagement, Universität Oldenburg, eMail: heinke.roebken@uni-oldenburg.de

Diana Schmidt-Pfister, Dr. phil., Politikwissenschaftlerin, Geographin und Ethnologin, Leiterin des Projekts „Wissenschaftliche Integrität im Kontext von Integration und Wettbewerb“ am Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ an der Universität Konstanz, eMail: diana.schmidt-pfister@uni-konstanz.de

Patricia Schulz, Dipl.-Pol., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung Berlin, eMail: schulz@forschungsinfo.de

Ralph Stegmüller, Dipl.-Soz., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Motivation und Anreize zu ‚guter Lehre‘ im Rahmen des Inplacement (MogLI)“ in der Arbeitseinheit für pädagogische Psychologie, Universität Bielefeld, eMail: rstegmueller@wiwi.uni-bielefeld.de

Wögen N. Tadsen, Dipl.-Kfm., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Motivation und Anreize zu ‚guter Lehre‘ im Rahmen des Inplacement (MogLI)“ am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Personal, Organisation und Unternehmensführung, Universität Bielefeld, eMail: wtadsen@uni-bielefeld.de

Elke Wild, Prof. Dr. phil., Professorin für Pädagogische Psychologie an der Fakultät für Psychologie und Sportwissenschaft der Universität Bielefeld, u.a. Projektleiterin der Projekte „Conflicting goals @ universities (ConGo)“ und „Motivation und Anreize zu ‚guter Lehre‘ im Rahmen des Inplacement (MogLI)“, eMail: elke.wild@uni-bielefeld.de

Martin Winter, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), eMail: martin.winter@hof.uni-halle.de

Carsten Würmann, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), eMail: carsten.wuermann@hof.uni-halle.de